

## Antrag

**der Abgeordneten Matthias Moosdorf, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Eugen Schmidt, René Springer, Joachim Wundrak, Dr. Christina Baum, René Bochmann, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Den rechtsstaatlichen Finanz- und Wirtschaftsstandort Europa nicht durch rechtswidrige Verwendung russischen Staatsvermögens zerstören**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Kriegs wurden Vermögenswerte der russischen Zentralbank im Wert von insgesamt rund 260 Milliarden Euro in westlichen Ländern eingefroren, davon mit etwa 210 Milliarden Euro der weitaus größte Teil in der EU.<sup>1</sup> Mit rund 191 Milliarden Euro befindet sich der Großteil bei dem Unternehmen Euroclear, der größten europäischen Verwahrstelle mit Sitz in Brüssel, die im Jahr 2023 aus der Anlage der eingefrorenen russischen Vermögenswerte Gewinne i. H. v. 4,4 Milliarden Euro erzielte (belgische Besteuerung i. H. v. 1,085 Milliarden Euro).<sup>2</sup> Die EU und die USA beraten laut Medienberichten spätestens seit Herbst 2022 darüber, inwieweit sie auf die rechtlich geschützten russischen eingefrorenen staatlichen Vermögenswerte im Sinne einer Verwendung zugunsten der Ukraine zurückgreifen könnten.

Eine zu diesem Zweck in der EU im Februar 2023 eingerichtete Arbeitsgruppe kam noch im Juni 2023 zu dem Ergebnis, dass es keinerlei Rechtsgrundlage für die Konfiskation der Vermögenswerte gibt. Die Arbeitsgruppe prüfte daher auch zwei andere Optionen, namentlich entweder die Gelder durch die EU zu reinvestieren und die Gewinne für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden, oder die Gelder europäische Unternehmen investieren zu lassen, einen Teil der Gewinne an die EU abzuführen und an die Ukraine weiterzuleiten. Beide Optionen bärzten rechtliche Risiken und drohten die finanzielle Stabilität der EU zu stören, befand die Arbeitsgruppe der EU im Juni 2023. Der österreichische Außenminister sagte in diesem Zusammenhang: „Wir sind Rechtsstaaten. [...] Sollte eine dieser Maßnahmen von einem Richter aufgehoben werden, wäre das eine diplomatische und wirtschaftliche Katastrophe.“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> [www.ft.com/content/adb09fd6-e5f7-4099-9994-806814b4c9b4](https://www.ft.com/content/adb09fd6-e5f7-4099-9994-806814b4c9b4)

<sup>2</sup> [www.euroclear.com/newsandinsights/en/press/2024/2024-mr-04-strong-performance-fy2023.html](https://www.euroclear.com/newsandinsights/en/press/2024/2024-mr-04-strong-performance-fy2023.html)

<sup>3</sup> [www.bloomberg.com/news/articles/2023-06-21/eu-sees-legal-hurdles-to-seizing-russian-assets-to-help-ukraine](https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-06-21/eu-sees-legal-hurdles-to-seizing-russian-assets-to-help-ukraine)

Ebenfalls im Juni 2023 warnte die EZB die Europäische Kommission, dass die Verwendung von Gewinnen aus eingefrorenen russischen staatlichen Vermögenswerten zur Unterstützung der Ukraine das Vertrauen in den Euro als globale Währung untergraben, ein negatives Signal an die globalen Märkte aussenden und die Zentralbanken von Ländern mit großen Bargeldreserven in der EU bewegen könnte, sich vom Euro abzuwenden. Ein EU-Diplomat sagte auf anonymer Basis in diesem Zusammenhang: „Man kann nicht einfach das Gesetz umgehen. Und selbst wenn es eine rechtliche Rechtfertigung gibt, ist nicht klar, welche Folgen diese Entscheidung für den Status des Euro als Weltwährung haben wird“.<sup>4</sup>

Als sich zum Jahresende 2023 abzeichnete, dass die US-Demokraten und die US-Republikaner sich politisch nicht auf weitere finanzielle Hilfen für die Ukraine seitens der USA einigen können, forderten im Oktober 2023 hochrangige US-Beamte die westlichen Länder verstärkt dazu auf, das eingefrorene Vermögen der russischen Zentralbank zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden.<sup>5</sup> Im Dezember 2023 bereiteten USA und EU trotz der in der EU befundenen Rechtswidrigkeit und den einhergehenden finanzwirtschaftlichen Risiken in zunehmend dringlicher Weise eine Strategie für die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte zum zweiten Jahrestag des Krieges vor.<sup>6</sup>

Obleich die USA öffentlich nicht die Konfiskation eingefrorener Vermögenswerte befürworten, schlugen sie so vor, die in der EU eingefrorenen Zentralbankreserven als „Vorschuss“ für die Entschädigung der Ukraine zu übergeben, die Russland ihrer Meinung nach in jedem Fall zu zahlen hätte. Auch dieser Vorschlag ist mit erheblichen rechtlichen Konsequenzen behaftet, da die eingefrorenen Reserven der russischen Zentralbank unverändert durch internationales Recht geschützt sind. Eine jede derartige Maßnahme würde darüber hinaus Ländern wie China vermitteln, dass ihre in Euro oder Dollar gehaltenen Vermögenswerte nicht rechtssicher angelegt sind, sondern ohne judikative Entscheidung verwendet oder entwendet werden könnten. Da sich die meisten der eingefrorenen russischen staatlichen Vermögenswerte in der EU und nicht in den USA befinden, habe die EU nach den anonymen Worten eines EU-Diplomaten „viel mehr zu verlieren“.<sup>7</sup>

Ende Januar 2024 einigten sich die EU-Botschafter auf einen Plan, laut dem die Gewinne der Euroclear-Verwahrstelle aus der Anlage der eingefrorenen russischen staatlichen Vermögenswerte nicht an die Aktionäre ausgezahlt, sondern gesondert registriert und an einen EU-Fonds zur gezielten Unterstützung der Ukraine überwiesen werden sollen.<sup>8</sup> Am 12. Februar 2024 hat der Rat der Europäischen Union die Entscheidung gebilligt, Gewinne aus eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank für die weitere Verwendung dieser Mittel zur Unterstützung und zum Wiederaufbau der Ukraine einzubehalten.<sup>9</sup>

Diese Entscheidung ist vor dem dargestellten Hintergrund politisch begründet und birgt unvermindert dieselben schwerwiegenden rechtlichen und finanzwirtschaftlichen Risiken, wie sie im Rahmen der EU im Juni 2023 nach gründlicher Prüfung festgestellt wurden. Eine aus politischen Gründen nachlassende oder ausbleibende finanzielle Unterstützung der Ukraine seitens der USA kann nicht rechtfertigen, den Finanzwirtschaftsstandort Europa und insbesondere auch seine Rechtsstaatlichkeit zu gefährden oder aufzugeben.

<sup>4</sup> [www.ft.com/content/4e6499e0-33db-423a-a74b-528118792d22](https://www.ft.com/content/4e6499e0-33db-423a-a74b-528118792d22)

<sup>5</sup> [www.washingtonpost.com/business/2023/10/11/us-intensifies-push-use-moscows-300-billion-war-chest-kyiv/](https://www.washingtonpost.com/business/2023/10/11/us-intensifies-push-use-moscows-300-billion-war-chest-kyiv/)

<sup>6</sup> [www.nytimes.com/2023/12/21/us/politics/russian-assets-ukraine.html](https://www.nytimes.com/2023/12/21/us/politics/russian-assets-ukraine.html)

<sup>7</sup> [www.ft.com/content/adb09fd6-e5f7-4099-9994-806814b4c9b4](https://www.ft.com/content/adb09fd6-e5f7-4099-9994-806814b4c9b4)

<sup>8</sup> [www.ft.com/content/a0200868-282c-4ff6-a37b-8a38ddd04c4a](https://www.ft.com/content/a0200868-282c-4ff6-a37b-8a38ddd04c4a)

<sup>9</sup> [www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/02/12/immobilised-russian-assets-council-decides-to-set-aside-extraordinary-revenues/](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/02/12/immobilised-russian-assets-council-decides-to-set-aside-extraordinary-revenues/)

Unabdingbar im Sinne einer Wiederherstellung von Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent ist und bleibt, geopolitische Spannungen auf konstruktive und nicht auf destruktive Weise zu lösen. Eine rechtswidrige und für den Finanzwirtschaftsstandort Europa schädliche sowie insbesondere auch einseitige Verwendung der Vermögenswerte der russischen Zentralbank – und damit sämtlicher russischer Staatsbürger – würde nicht nur dies unmöglich machen, sondern auch jahrzehntelang dauernde Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehen, ohne dass den Menschen in der Ukraine damit geholfen wäre.<sup>10</sup>

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

auf EU-Ebene sich gegen die Verwendung der russischen staatlichen Vermögenswerte einschließlich der aus ihnen erzielten Gewinne einzusetzen und damit für den Erhalt eines international glaubwürdigen rechtsstaatlichen Finanzwirtschaftsstandorts in der EU zu werben.

Berlin, den 16. Februar 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

---

<sup>10</sup> <https://responsiblestatecraft.org/ukraine-reconstruction/>

